



EUROPÄISCHES PARLAMENT

Dr. Horst Schnellhardt
Mitglied des Europäischen Parlaments

Europa-Kommunal

Kommunale Nachrichten aus und für Europa
Dienstag, 22. Juni 2010



1. Barrierefreie Städte

Menschen mit Behinderungen sollen in einem barrierefreien Umfeld leben können. Mit einem Wettbewerb will die Kommission dafür werben, dass die Städte und Gemeinden in folgenden vier Bereichen die Barrierefreiheit fördern:

- gebaute Umwelt und öffentliche Räume
- Transport und die damit zusammenhängende Infrastruktur
- Information und Kommunikation
- Öffentliche Einrichtungen und Dienste

Die Preisverleihung wird am 02./03.12.2010 in Brüssel stattfinden. Der Gewinner wird den Titel „Europäische Auszeichnung für Barrierefreie Städte 2011“ erhalten und 2011 eine wichtige Rolle bei europäischen Aktivitäten in diesem Bereich spielen.

Weitere Einzelheiten unter

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=879&langId=de>

2. Aktives Altern

Wird 2012 das Europäische Jahr des Aktiven Alterns? Nachdem ein "Europäisches Jahr der älteren Menschen und der Solidargemeinschaft der Generationen" bereits 1993 durchgeführt wurde, zeichnet sich eine breite Unterstützung dafür ab, dieses Thema erneut zur Generalansage eines Europäischen Jahrs zu machen. Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten unterstützt die Initiative 2012 und fordert darüber hinaus, im Jahr 2011 einen Aktionsplan vorzustellen, der Würde, Gesundheit und Lebensqualität älterer Menschen fördert. Das Europäische Jahr ist ein Instrument der EU, um die europäische Bevölkerung für ein bestimmtes Thema zu sensibilisieren. Durch den Ausruf eines Mottos für den gesamten Verlauf eines Jahres sollen relevante Projekte in diesem Jahr gezielt gefördert und das entsprechende Thema stärker in das öffentliche Bewusstsein gebracht werden.

Weitere Informationen unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2009/05/nl11_tippelmann.pdf

3. Langzeitpflege

Ältere Menschen sollen vor Misshandlungen besser geschützt werden. Das ist das Thema einer mündlichen Anfrage des EP-Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten an die Kommission. Dabei wird ausdrücklich der Schutz älterer Menschen vor Misshandlungen in der Gesellschaft und in Pflegeeinrichtungen angesprochen. Und es sind harte Themen, die in der Anfrage angesprochen werden, u.a.

- Welche Studien, Daten oder sonstige Informationen kann die Kommission über die Anzahl der Todesfälle vorlegen, bei denen in Pflege befindliche ältere Menschen aufgrund von Mangelernährung oder Dehydratation zu Tode gekommen sind?

- Was tut die Kommission angesichts der Tatsache, dass Anweisungen, auf Wiederbelebnungsmaßnahmen zu verzichten, als Vorwand genutzt werden, um älteren Menschen Betreuung und Pflege zu verweigern?
- Welche Maßnahmen hat die Kommission bislang ergriffen, um das Ausmaß der Misshandlung älterer Menschen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union aufzudecken?

Angesprochen wird auch die Aufstellung einer EU-weiten Verhaltensregel, die Mindestvorgaben und -leistungen hinsichtlich der Bereitstellung von Langzeitpflege definiert und vom Parlament und dem Rat verabschiedet werden soll.

Die mündliche Anfrage vom 02.06.2010 unter

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/empl/qo/808/808842/808842de.pdf

4. Ältere Menschen

Termin: 01. Juli 2010

Wie können Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) älteren Menschen helfen? Diese Frage ist Gegenstand einer öffentlichen Konsultation, bei der es darum geht, älteren Menschen durch die bestmögliche Nutzung von IKT möglichst lange ein selbstständiges Leben zu ermöglichen. Die Konsultation ist der erste Schritt zur Erreichung des in der Digitalen Agenda gesetzten Ziels, unabhängiges Wohnen im Alter bis spätestens 2015 zu verdoppeln. Dem dient auch das EU-Programm für Umgebungsunterstütztes Leben, mit dem neue Problemlösungen finanziert werden, z.B. zur Verhinderung von Stürzen und zur Unterstützung von Demenzkranken. Beispiele für Forschungsprojekte sind auch genannte Sozialroboter zur Seniorenbetreuung, die bei den Verrichtungen des alltäglichen Lebens wie Heben von Lasten oder Kochen behilflich sein können oder einen Alarm auslösen, wenn eine eingebaute Kamera registriert, dass eine Person gestürzt ist. Ein weiteres Beispiel ist ein intelligentes Heim, in dem intelligente Kameras die Tätigkeiten der Menschen interpretieren und Verhaltensänderungen an Notruf-zentralen melden können. Bürger, Unternehmen und Forscher sind aufgefordert, den kurzen Fragenkatalog zur Hilfe für ältere Menschen durch IKT bis zum 01. Juli 2010 zu beantworten.

Die Pressemitteilung unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/672&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Weiteres zur Konsultation unter

http://ec.europa.eu/information_society/activities/einclusion/research/aal/interim_review/index_de.htm

Der Fragebogen unter

http://ec.europa.eu/information_society/activities/einclusion/docs/ageing/aaljp_consult_de.doc

5. Kinderrechte

Termin: 20. August 2010

Die Kommission hat eine öffentliche Konsultation zu einer neuen Kinderrechtsstrategie **gestartet**. Die Ergebnisse sollen in eine Mitteilung über Kinderrechte für den Zeitraum 2011-2014 einfließen. In der Pressemitteilung der Kommission sind folgende Bereiche angesprochen:

- Kinderfreundliche Justiz und Einbeziehung der Kinder in das Justizwesen (beispielsweise als Zeugen)
- rechtspolitische Maßnahmen zur Gewährleistung von Kinderrechten, u.a. im Rahmen der Familienmediation

- Schutz spezieller Gruppen von Kindern (arme Kinder, Opfer von Gewalt, sexueller Ausbeutung oder Kinderhandel)
- Teilhabe von Kindern an der Entwicklung von Maßnahmen, die Auswirkungen für Kinder haben.

Parallel zur Konsultation führt die Kommission eine Studie durch, um von Kindern selbst (beispielsweise durch Schwerpunktgruppen) Rückmeldung zu erhalten. Die Studie soll im Oktober veröffentlicht werden.

Die Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/722&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Die Konsultation (Englisch) unter

http://ec.europa.eu/justice_home/news/consulting_public/news_consulting_0009_en.htm

6. Patientenrechterichtlinie

Für alle Europäer soll es bald einheitliche Bedingungen für ärztliche Behandlung im Ausland geben. Insbesondere sollen sie denselben Anspruch auf Erstattung ihrer im EU-Ausland entstandenen Behandlungskosten haben, wie in ihrem EU-Heimatland. Darauf haben sich die EU-Gesundheitsminister nach langwierigen Verhandlungen geeinigt. Danach sollen sich Patienten künftig auch ohne Genehmigung ihrer Krankenkassen in einen anderen EU-Mitgliedstaat ambulant behandeln lassen können. Allerdings erhalten sie nur die Kosten erstattet, die diese Behandlung in ihrem Heimatland gekostet hätte. Im Falle einer stationären Behandlung sieht der Entwurf vor, dass die Mitgliedstaaten dies unter den Vorbehalt einer Genehmigung stellen können. Deutsche Kassenpatienten bekommen schon heute ihre Kosten für Auslandsbehandlungen erstattet. Nur bei stationären Behandlungen bedarf es einer Vorabgenehmigung. Entsprechend soll es künftig europaweit gehandhabt werden. (Die stationäre Behandlung von Urlaubsunfällen werden bereits durch die europäische Krankenversicherungskarte gedeckt). Es sollen nationale Kontaktstellen eingerichtet werden, bei denen sich Patienten über die Möglichkeiten und Bedingungen für eine Behandlung im Ausland informieren können. Ebenfalls wird die Anerkennung ausländischer Rezepte verbessert. Das betrifft aber nur Arzneimittel, die im Staat des Kaufs auch zugelassen sind.

Ein besonderes Problem war in den Beratungen die Behandlung der im Ausland lebenden Pensionäre, die sog. Mallorca-Rentner. Nach Presseberichten sollen bis zu 600.000 Mallorca-Rentner dauerhaft in Spanien leben, ohne in Spanien krankenversichert zu sein, was sie eigentlich müssten. Um nach deutschem Recht abgesichert zu bleiben, behaupten jedoch viele, dass sie ihren Wohnsitz noch in Deutschland haben. Der Hauptwohnsitz soll nun u.a. durch Datenabgleich zwischen den Staaten strenger kontrolliert und damit die Versicherungspflicht in Spanien durchgesetzt werden. Davon unabhängig soll der Heimatstaat immer für die Kosten der Behandlung seiner Rentner aufkommen, wenn diese sich entschließen, eine Behandlung außerhalb ihres Wohnsitzstaates nachzusuchen. Mit anderen Worten kommt Deutschland für die Behandlungskosten für seine „Auslandsrentner“ immer dann auf, wenn diese sich in Deutschland behandeln zu lassen.

Als nächster Schritt muss jetzt das Parlament, das sich in der ersten Lesung für weitergehende Regelungen ausgesprochen hatte, dem Vorschlag in 2. Lesung zustimmen.

Der Richtlinienvorschlag vom 28. Mai 2010 unter

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st09/st09948.de10.pdf>

7. EU-Scheidungsrecht

Die Scheidung von Ehepaaren mit unterschiedlicher Nationalität wird einfacher. Künftig können die Eheleute wählen, in welchem Land und nach welchem Recht sie sich scheiden lassen; bei Nichteinigung soll der gewöhnliche Wohnort ausschlaggebend sein. Stammen beide aus dem gleichen Land, gibt ihre gemeinsame Nationalität den Ausschlag. Ansonsten wird das Recht des Landes angewendet, in dem die Scheidung eingereicht wurde. Derzeit ist das in den Mitgliedstaaten ganz verschieden geregelt, mal entscheidet die Nationalität, mal der Wohnort. Die neuen Regeln sollen auch für Eheleute gelten, die gemeinsam im Ausland oder aber getrennt voneinander in unterschiedlichen Ländern leben. In Deutschland betrafen 2006 14% aller Scheidungen binationale Paare; 4,5% waren Ehen von Ausländern.

Die neuen Vorschriften werden aber nach derzeitigem Stand nur in 14 der 27 Mitgliedstaaten gelten, darunter in Deutschland und Österreich. Weil eine Einigung auf gemeinsame Regeln nicht möglich war, findet erstmals in der EU-Geschichte ein Gesetzesvorhaben nach den Regeln der sog. „Verstärkten Zusammenarbeit“ Anwendung. Damit wird es möglich, dass eine Gruppe von Mitgliedstaaten mit dem europäischen Regelwerk gemeinsame Vorschriften beschließen, die als europäisches Recht nicht von allen Mitgliedstaaten eingeführt werden. Das Parlament muss dem Vorschlag über die verstärkte Zusammenarbeit noch zustimmen, wovon nach den Vorberatungen im federführenden Justizausschuss ausgegangen werden kann.

Der Verordnungsentwurf mit Begründung (19 Seiten) unter

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0105:FIN:DE:PDF>

8. Biokraftstoffe

Die Kommission hat Kriterien für die Nachhaltigkeit von Biokraftstoffen vorgelegt. Damit werden die Anforderungen an die Zertifizierung von Biokraftstoffen und Bioenergie aus Pflanzenölen konkretisiert. Es soll verhindert werden, dass Biokraftstoffe aus ökologischem Raubbau in der EU durch die Zapfsäulen fließen. Das Gesamtpaket umfasst eine Mitteilung, mit der Standards zur Zertifizierung nachhaltig erzeugter Biokraftstoffe vorgegeben werden. Weiterhin wird festgelegt, dass zum Schutz der unberührten Natur Biokraftstoffe nicht aus Wäldern, Feuchtgebieten, Grassland und Naturschutzgebieten stammen dürfen. Schließlich müssen Biokraftstoffe eine Treibhausgaseinsparung von mindestens 35% (ab 2017 50%) gegenüber fossilen Kraftstoffen erreichen und es werden Vorgaben zur Berechnung des Kohlenstoffbestands im Boden gemacht. Künftig werden Biokraftstoffe und Pflanzenöle mit den Zertifizierungssystemen ihre Nachhaltigkeit beim Anbau und in der Herstellung nachweisen müssen, wenn sie auf die (10%) Biokraftstoffquote angerechnet oder nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz gefördert werden sollen. Klima-Loge sollen nur die Biokraftstoffe erhalten, die Klimaauflagen in der gesamte Produktionskette vom Landwirt über den Händler bis zur Tankstelle einhalten.

Weitere Einzelheiten in der Pressemitteilung der Kommission unter.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/711&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

9. Biodiversität

Die Kommission hat eine Biodiversitäts-Plattform gestartet. Damit soll Unternehmen Hilfestellung bei der Integration von Biodiversität in ihre Tätigkeit gegeben und mögliche Wettbewerbsvorteile aufgezeigt werden. Sektoren der Plattform sind dabei u.a. Landwirtschaft, Lebensmittelkette, Waldwirtschaft, „Steine und Erden Industrie“, Finanzsektor und Tourismus. Die Plattform bietet einen Wissens- und Informationsaustausch und zeigt Links zu Best-Practice Beispielen auf.

Die Plattform (Englisch) unter

http://ec.europa.eu/environment/biodiversity/business/index_en.html

10. Badegewässer

Die Badegewässer in der EU sind gut. 95% der Küstenbadegewässer und 90% der Badegewässer der Flüsse und Seen entsprechen den Mindestvorschriften. Das stellt der jährlich erscheinende Badegewässerbericht der Kommission für 2009 fest. Als Badegewässer gelten die Bereiche, in denen das Baden ausdrücklich erlaubt ist oder in denen traditionell viele Menschen baden, ohne dass dies verboten ist. Von den 20.000 geprüften Badestränden lagen zwei Drittel an der Küste und der Rest an Flüssen und Seen. An der Küste stieg die Zahl der Badegebiete, in denen die verbindlichen Werte (Mindestqualitätsanforderungen) eingehalten wurden, von 80% im Jahr 1990 auf 96% im Jahr 2009. Bei den Binnengewässern stieg dieser Anteil mit 52% auf 90% noch stärker an.

Die Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/717&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Der Badegewässerbericht 2009 (EU-Umweltagentur 40 Seiten) unter

<http://www.eea.europa.eu/de/publications/qualitaet-der-badegewaesser84-badesaison-2009-de/>

Weitere Hinweise unter

<http://www.eea.europa.eu/de/pressroom/newsreleases/bathing-water-quality-2009>

Der Berichtsteil für Deutschland (Englisch 9 Seiten) unter

<http://ec.europa.eu/environment/water/water-bathing/report2010/Germany.pdf>

Der Berichtsteil für Österreich (Englisch 6 Seiten) unter

<http://ec.europa.eu/environment/water/water-bathing/report2010/Austria.pdf>

Ein Fragen- und Antworten-Katalog (Englisch) zum Thema Badegewässer unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/248&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=de>

11. Waffenrecht

Der illegale Handel mit zivilen Feuerwaffen soll besser bekämpft werden. Dazu will die Kommission strengere Regeln erlassen, die die Nachverfolgung und Kontrolle des Exports aus und in das EU-Gebiet erleichtern. Der Vorschlag der Kommission geht von dem Grundsatz aus, dass Feuerwaffen und dazugehörige Teile nicht von einem Staat in einen anderen befördert werden sollten, ohne dass die beteiligten Staaten davon Kenntnis haben und der Beförderung zustimmen. Feuerwaffen sollen auch nicht in Staaten ausgeführt oder durch Staaten hindurchbefördert werden, die die Beförderung nicht genehmigt haben.

Um unnötigen Verwaltungsaufwand zu vermeiden, sollen für die vorübergehende Ausfuhr von Feuerwaffen vereinfachte Verfahren gelten. Das soll für nachgewiesenen rechtmäßige Zwecke gelten, wie Jagd, Schießsport, Begutachtungen, Ausstellungen und Reparaturen. In diesen Fällen einer vorübergehenden Ausfuhr können die erforderlichen Herkunftsnachweise auch durch die Vorlage eines Europäischen Feuerwaffenpass, eines nationalen Waffenscheins oder eines nationalen Jagdscheins erbracht werden.

Die Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/635&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Der von der Kommission vorgelegte Verordnungsentwurf vom 31. Mai 2010 unter

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0273:FIN:DE:PDF>

12. Kfz-Reparaturen

Autoreparaturen sollen günstiger werden. Das soll u.a. dadurch erreicht werden, dass Autohersteller den freien Werkstätten künftig den Zugang zu Markenersatzteilen und technischen Informationen erleichtern müssen. Auch Gewährleistungsansprüche dürfen nicht mehr davon abhängig gemacht werden, dass Wartung und Reparaturen in bestimmten Vertragswerkstätten erfolgen. Die Hersteller können nur noch vorschreiben, dass unter die Garantiefrist fallende Reparaturen in bestimmten Vertragswerkstätten erfolgen. Im Ergebnis sind damit ab 01. Juni 2010 die freien Werkstätten gestärkt worden, wovon sich die Kommission mehr Wettbewerb und dadurch eine deutliche Senkung der Reparatur- und Wartungskosten verspricht. Neu ist auch, dass die Autohersteller ihren Händlern wieder vorschreiben können, zu 80% nur ihre Marke zu verkaufen. Diese durch die sog. Gruppenfreistellungsverordnung eingeführten Neuerungen treten für Reparatur- und Wartungsdienstleistungen am 01. Juni 2010, für den Kfz-Verkauf am 01. Juni 2013 in Kraft.

Die Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/619&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Die neue Gruppenfreistellungsverordnung unter.

<http://ec.europa.eu/competition/antitrust/legislation/vertical.html>

Gruppenfreistellungsverordnung Amtsblatt

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2010:129:0052:0057:DE:PDF>

sowie die dazugehörigen Leitlinien unter

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:138:0016:0027:DE:PDF>

13. Firmenwagen

Die Hälfte der im Jahr 2008 in der EU verkauften PKW's waren Firmenwagen. Zu diesem Ergebnis kommt eine von der Kommission vorgelegte Studie (Taxation Paper Nr. 22). Die Steuervergünstigungen für die Firmenwagen könnten sich im EU-Raum auf bis zu 54 Mrd. EUR belaufen. Der reine Geschäftsgebrauch liegt nach Erhebungen in Belgien und den Niederlanden bei 20-30%.

Das Taxation Paper Nr. 22 vom 31.05.2010 (Englisch 72 Seiten) unter

http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/gen_info/economic_analysis/tax_papers/taxation_paper_22_en.pdf

14. Blutspender

37% der Europäer haben schon einmal Blut gespendet. Nach einer Eurobarometer-Umfrage ist das ein Anstieg um 6% seit der letzten Befragung im Jahr 2002. Den höchsten Anteil an Blutspendern hat mit Abstand Österreich mit 66% der Einwohner, die bereits einmal Blut gespendet haben, gefolgt von Frankreich mit 52%; Deutschland liegt mit 41% auf Platz

13 der Spenderliste. 57% der Spender sind der Ansicht, dass sich die Sicherheit der Bluttransfusionen in den letzten zehn Jahren verbessert hat.

Pressemitteilung unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/724&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Die Eurobarometer-Umfrage (Englisch) unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/724&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

15. EU-Gelder

Der Zugang zu EU-Geldern soll erleichtert werden. In einem ersten Schritt will die Kommission die Verpflichtung zur Eröffnung gesonderter Bankkonten und zur Rückzahlung der Zinserträge aus Vorauszahlungen abschaffen. Des Weiteren soll die Kombifinanzierung aus öffentlicher und privater Hand erleichtert werden und für Finanzhilfen bis zu 50.000 Euro (statt wie bisher 25.000 Euro) soll es ein vereinfachte Verwaltungsverfahren geben. Dass bereits vorliegende Unterlagen nicht mehr bei jeder weiteren Bewerbung erneut eingereicht werden müssen, wird in diesem Zusammenhang als weitere Erleichterung genannt – schwer vorstellbar, dass sich ein solches Verfahrens bislang hat halten können. Die Änderungen sollen für die neuen EU-Programme ab 2014 gelten.

Die Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/629&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

16. EU - Bildungspolitik

Es gibt eine Webseite zur EU-Bildungspolitik. Das Portal gibt einen Überblick über das Themenspektrum der europäischen Bildungspolitik und stellt die wichtigsten Entscheidungen vor. Dabei ist das Ziel, Informationen "aus Brüssel" aktuell und verständlich darzustellen. Die nationale Umsetzung dieser EU-politischen Initiativen in den einzelnen Mitgliedstaaten ist nicht Thema des Portals.

Das Portal unter

www.eu-bildungspolitik.de

17. Naturwissenschaften - Schülerportal

Die Kommission will Schüler für Naturwissenschaften begeistern. Das neue Internetportal Scientix wird Forschungsergebnisse und Projekte aus den Bereichen Physik, Chemie und Mathematik vorstellen. Die Plattform steht unter dem Motto „Suchen, finden und anwenden“. Die neue Plattform fördert die Verbreitung und den Austausch von Neuigkeiten, Know-how und empfehlenswerten Verfahren im Bereich der Wissenschaftspädagogik in der gesamten EU. Die auch in Deutsch angebotenen Informationen und Dienste richten sich an Jugendliche, Lehrer, Forscher, politische Entscheidungsträger und Eltern. So finden z.B. Lehrer dort Lehrmaterial aus Hunderten von europäischen Projekten, das auf Anfrage in allen europäischen Sprachen bereitgestellt wird. Ein monatlicher Newsletter, Workshops und Konferenzen sollen die Bildung von Netzwerken im Bereich der naturwissenschaftlichen Bildung fördern. Für den 06. bis 08. Mai 2011 ist eine Scientix-Konferenz angekündigt worden die den Aufbau von Netzwerken fördern und Feedback über die angebotenen Online-Dienste liefern soll.

Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/690&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Das Portal Scientix unter

<http://www.scientix.eu/web/guest>

18. Lehrerbildung

Die Kommission hat ein Handbuch zur Lehrerbildung vorgelegt. Das Handbuch soll politische Entscheidungsträger dabei unterstützen, umfassende Einführungsprogramme für junge Lehrkräfte zu entwickeln. Bislang existieren nur in einer kleinen Zahl von Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, Programme, die angehenden Lehrkräften dabei helfen, sich im Beruf zurechtzufinden. Das Handbuch (Englisch 48 Seiten) – eine deutsche Fassung ist für Ende Juni angekündigt - unter

http://ec.europa.eu/education/school-education/doc/handbook0410_en.pdf

19. Europa ist hier

Es gibt einen Film mit Beispielen über die Leistungen der EU in Deutschland. In dem Video radelt ein junge Frau durch Deutschland und besucht EU geförderte Projekte zu den Themen: Umwelt- und Klimaschutz, Arbeitsmarkt, Verkehr, Verbraucherschutz, Jugend, Bildung und Wirtschaft.

Das Video unter

http://ec.europa.eu/deutschland/service/videos/europa_ist_hier_de.htm

20. EU – Sportpolitik

Es gibt eine Ausarbeitung zur Sportpolitik der EU nach dem Lissabonvertrag. In einem 19-Seiten Infobrief haben die wissenschaftlichen Dienste des deutschen Bundestags dieses Thema mit Stand vom 23.04.2010 umfassend und aktuell aufbereitet. Zusammenfassend wird zur „Europäisierung des Politikfeldes Sport“ u.a. folgendes festgestellt: „Mit dem Vertrag von Lissabon, der am 01. Dezember 2009 in Kraft getreten ist, wurde der Sport erstmals eigenständig in den EU-Verträgen verankert. Der Sport wird damit künftig einer der Bereiche sein, in denen die EU Unterstützungs-, Koordinierungs- oder Ergänzungsmaßnahmen durchführen kann. Damit wird der Sport zu einem eigenen Bereich der Gemeinschaftspolitik, wobei die Europäische Union allerdings in erster Linie eine die Mitgliedstaaten unterstützende Funktion einnehmen wird. Ausgehend von den bereits etablierten Formen europäischer Sportpolitik werden gegenwärtig Vorschläge zur Entwicklung eines Sportförderprogramms im Rahmen der künftigen Sport-Agenda der Europäischen Union diskutiert.“

Der Infobrief unter

http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2010/Sportpolitik_EU.pdf